



SPD-Gemeinderatsfraktion Rosdorf

Vorsitzender:

Jörg Kunkel
Friedensstr. 17
37 124 Rosdorf

Tel.: 05 51 / 78 95 620
Handy: 01 51 / 11 34 69 08
e-Mail: Joerg.Kunkel@SPD-Rosdorf.de

SPD-Gemeinderatsfraktion Rosdorf
Jörg Kunkel, Friedensstr. 17, 37124 Rosdorf

Marco Lumme



37124 Rosdorf

Rosdorf, den 17. April 2011

Ihr Leserbrief vom 6. April 2011

Sehr geehrter Herr Lumme,

ich habe Ihren Leserbrief im Göttinger Tageblatt am 6. April 2011 mit Interesse gelesen. In den zurückliegenden Jahren fehlte mir eine solche öffentlich geäußerte, kritische Stimme aus der Elternschaft. Von der Schulleitung und der Elternvertretung wurde immer einvernehmlich der Bedarf beschrieben. In Einzelgespräch, die ich mit Eltern geführt habe, wurde mehrfach die Entwicklung hinterfragt. Nie wurde in dieser Eindeutigkeit die Mensa abgelehnt.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, einige grundsätzliche Ausführungen zur Ganztagschule zu machen und die Entwicklung in ihren wichtigsten Etappen zu beschreiben. Zum einen erhoffe ich mir, dass Ihnen daraus deutlich wird, vor welchem Hintergrund die SPD-Gemeinderatsfraktion ihre Beschlüsse gefasst hat. Zum anderen hatte ich mir nach der letzten Sitzung des Schulausschusses vorgenommen, unser Verständnis und die Notwendigkeiten zu beschreiben. Wie in der letzten Schulausschusssitzung deutlich wurde, haben die Schulleitung und ich (stellvertretend für die SPD-Gemeinderatsfraktion) unterschiedliche Vorstellungen davon, was unter einer Ganztagschule zu verstehen ist. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, sozusagen „zwei Fliegen mit einer Klappe“ zu schlagen und beide Vorhaben verbinden.

Was ist eine Ganztageschule?

In meinem beruflichen Kontext - der Arbeitsmarktpolitik - habe ich es immer wieder mit den Auswirkungen der verfehlten Schulpolitik zu tun. Es geht dabei um junge Menschen, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, dadurch nur sehr geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und denen eine faire Chance für die gute Zukunft verwehrt wird.

Die PISA-Studien und andere internationale Vergleiche haben gezeigt, dass in Deutschland Anstrengungen nötig sind, um zu besseren Bildungserfolgen zu gelangen. Soziale Herkunft, familiäre Verhältnisse sowie Migrationshintergründe dürfen nicht mehr - wie heute - über den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen entscheiden. Ganztagschulen können helfen diese Ziele zu erreichen. Deshalb sind sie aus meiner Sicht eine zukunftsweisende Schulform.

In Ganztagschulen muss die Möglichkeit geschaffen werden, den Lernprozess der Schülerinnen und Schüler differenzierter zu gestalten. Sie muss den LehrerInnen mehr Zeit und Raum für die Umsetzung innovativer pädagogischer Konzepte bieten. Den Ganztagschulen müssen Freiräume für eine flexible Unterrichtsgestaltung gegeben werden und die Voraussetzungen bieten, Schüler individuell zu fördern.

Rosdorf
SPD

Mit einer pädagogischen und zeitlichen Verzahnung von Unterricht-, Freizeit- und Betreuungsangeboten über den ganzen Schultag, kombiniert mit modernen Lern- und Fördermaßnahmen, können die individuellen Potenziale der jungen Menschen besser erschlossen werden. Im Zentrum muss die Förderung des individuellen Lernprozesses stehen. Eine Ganztagschule ist keine Nachmittagsbetreuung, sondern ein notwendiger, pädagogischer Ansatz.

Eine Grundvoraussetzung, um diese angedeuteten Ziele zu erreichen, ist eine verpflichtende Teilnahme aller Schülerinnen und Schüler an der Ganztageschule, um die Möglichkeit zu eröffnen, den ganzen Schultag in die Planung der gemeinsamen Unterrichts-, Freizeit- und Betreuungsangeboten einzubeziehen.

In Niedersachsen ist das alles zurzeit nicht möglich!

In Niedersachsen haben wir diese Möglichkeiten nicht. Das Land stellt kein pädagogisches Personal zur Verfügung, sondern finanziert über ein unzureichendes ausgestattetes Budget die Betreuungskräfte, die zumeist prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt sind.

Die Ganztageschule unterscheidet sich am Vormittag nicht von einer Vormittagschule. Der Unterricht kann nicht durch Einfügen von Freizeit- und Betreuungsangeboten entzerrt werden, da am Nachmittag nicht alle SchülerInnen anwesend sind.

Den Eltern wird maximal eine viertägige Ganztageschule angeboten, aber auch nur ein Tag ist möglich.

Diese wenigen Punkte machen deutlich, dass die niedersächsische Ganztagschule wenig mit den sozialdemokratischen Vorstellungen zu tun hat. Es handelt sich im Grunde um eine Schule mit Nachmittagsbetreuung, deren Angebot qualitativ sich von denen des Hortes erheblich unterscheidet.

Wieso macht die SPD in Rosdorf trotzdem eine Ganztagschule?

Die Anregungen für die Gründung kamen von der Schule. Kollegium und Elternvertreter haben sich für eine Ganztagschule ausgesprochen.

Der Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir in den letzten Jahren, mit einem erheblichen finanziellen Aufwand die Plätze und Betreuungszeiten in unseren Krippen und Kindergärten bedarfsgerecht erweitert. Eine Ganztagschule erscheint uns in diesem Kontext nur konsequent.

Unsere Politik ist es nicht zu beklagen, dass das Wünschenswerte nicht umgesetzt werden kann, sondern es ist unser Ziel, das Mögliche zu tun. Deshalb haben wir uns entschlossen, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten eine Ganztagschule zu beginnen. Wir hoffen natürlich, nach der nächsten Landtagswahl - mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung - zeitgemäßere Rahmenbedingungen zu bekommen. (Ich bin mir aber nicht sicher, ob die Bevölkerung der Bildungspolitik bei ihrer Wahlentscheidung die gebührende Aufmerksamkeit zukommen lässt.)

Nur, als die Landesregierung sich ganz aus ihrer Verantwortung für die Finanzierung der Nachmittagsbetreuung zurückziehen wollte, haben wir uns gegen die Ganztagschule entschieden. Mit diesem Schritt hätte sich das Land auf Kosten der Kommunen entlastet und die föderale Aufgabenteilung unterlaufen. Dieses Vorhaben hat die Landesregierung nach dem massiven Proteststurm der Kommunen aufgegeben.

Wieso brauchen wir eine Mensa?

Unsere ursprüngliche Idee war es, das denkmalgeschützte Michelsche Haus, ein altes an dem Schulgelände angrenzendes Fachwerkhaus zu erwerben und als Kulturzentrum umzubauen. Die Räume sollten u.a. für die Mittagsversorgung der SchülerInnen genutzt werden. Nach einer Bausubstanzprüfung war klar, dass dieser Weg aus finanziellen Gründen nicht beschritten werden kann.

Der Vorschlag die Anne-Frank-Schule zu nutzen, wurde von dem Kollegium und den Elternvertretern abgelehnt. Die Entfernungen wäre nicht zumutbar und der Zeitverlust nicht vertretbar. Später haben wir erfahren, dass der Landkreis bereits weitergehende Pläne, wie er die Räumlichkeiten nach der Schließung der Hauptschule (sicher erst nach der Kommunalwahl) nutzen will, hat. Wir werden die Räumlichkeiten jetzt für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung der Mensa nutzen.

Die Überlegung die freierwerdenden Sozialräume der Raiffeisenbank zu nutzen, führte zu erheblichen Elternprotesten. Letztlich ist die Überlegung an den hohen Mietpreisvorstellungen der Bank und den hohen Umbaukosten, um die notwendigen gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen, gescheitert.

Vor dem Hintergrund, dass es in der Schule keine Räumlichkeiten gibt, die für die Mittagsverpflegung genutzt werden können, waren wir gezwungen entsprechenden Raum zu schaffen. Als Elternvertreter des Hortes wissen sie besser als ich, wie beengt die räumlichen Verhältnisse bei der Mittagsversorgung im Hort sind. Bei einer weiter steigenden Zahl von Hortkindern hätten wir uns der Raumfrage auch stellen müssen.

Der Anbau wird auf das Nötigste beschränkt und wird sowohl von der Schule als auch vom Hort genutzt. In der Zeit außerhalb der Schulzeit sollen die Räumlichkeiten anderen Akteuren (z.B. Vereinen) zur Verfügung stehen.

Die Kosten werden zu einem großen Teil durch die Schulbaukasse des Landkreises mitfinanziert. Die Bürgerstiftung wird eine gerichtliche Zuweisung für die Einrichtung der Schule verwenden.

Trotz so geringer Anmeldungszahlen starten?

Die geringen Anmeldezahlen haben Kollegium, Elternschaft und die Politik überrascht. Wir sind davon ausgegangen, dass die Hortnachfrage erheblich sinken wird. Deshalb wollten wir im Rahmen einer Teilkooperation das Personal in der Ganztageschule beschäftigen. Die Differenz zwischen der tariflichen Bezahlung der durch die Gemeinde beschäftigten Hort-Mitarbeiterinnen und der geringen Bezahlung durch das Ganztagesbudget des Landes hätten wir durch die Gemeinde ausgleichen lassen wollen.

Die Ursachen für die geringen Anmeldezahlen sind vielfältig. Ich will auf sie an dieser Stelle nicht eingehen. Ich bin optimistisch, dass die Zahlen sich in den nächsten Jahren positiver darstellen werden.

Wir haben mit der Antragsstellung quasi ein Versprechen an die Eltern gegeben, dass wir eine Ganztageschule einrichten. Die Eltern haben sich darauf eingestellt und verlassen sich darauf. Deshalb halten wir an der Entscheidung fest. Letztlich muss das Land die Ganztageschule genehmigen und die notwendigen Mittel für die Nachmittagsbetreuung zur Verfügung stellen. Diese Entscheidung steht noch aus.

Ich hoffe, Ihnen sind mit diesen Erläuterungen unsere Entscheidungen nachvollziehbarer geworden. Meine Darlegungen können einen solch komplexen Sachverhalt natürlich nicht

vollständig wiedergeben. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir die Gelegenheit hätten, den Sachverhalt persönlich zu erörtern.

Wir werden den Brief auf unserer Internetseite des SPD-Ortsvereins (www.spd-rosdorf.de) veröffentlichen. Außerdem erhalten die Schulleitung der Heirich-Grube-Schule, die Hortleitung, der Bürgermeister und Herr Fuhrmann (Göttinger Tageblatt) eine Kopie des Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Kunkel